

## Pressemitteilung

# Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen

## Schwungvoller Auftakt in Hannover: Seit Freitag werden überall im Land Unterschriften gesammelt

**Hannover.** Freitag, 13. November 2009 – dieser Tag könnte für Niedersachsen eine ganz besondere Bedeutung bekommen: Engagierte Eltern, Lehrer und Verbände gingen heute gemeinsam an den Start für eine bessere Schulpolitik. Beim schwungvollen Auftakt zum landesweiten „Volksbegehren für gute Schulen“ blies eine Bläserklasse der IGS Langenhagen der Regierungskoalition den Marsch, und zahlreiche Unterstützer stellten sich mit ihrer Unterschrift demonstrativ an die Seite der Initiatoren

Drei Ziele wollen die Initiatoren mit dem Volksbegehren erreichen: Die Abiturprüfung soll an den niedersächsischen Gesamtschulen und Gymnasien wieder nach 13 Schuljahren abgelegt werden, neue Gesamtschulen sollen künftig leichter zu gründen sein, und die bestehenden Vollen Halbtagschulen sollen sich als Pilotschulen für die künftige Gestaltung der Grundschulen weiterentwickeln können. „Damit soll aber nicht ausgeschlossen werden, dass Schülerinnen und Schüler der Gymnasien auf Wunsch die Abiturprüfung individuell oder in speziellen Klassen unverändert bereits nach zwölf Schuljahren ablegen können“, betont Dieter Galas, Autor des Gesetzentwurfs für das Volksbegehren.

Zu den prominenten Unterstützern des Volksbegehrens gehören neben vielen anderen auch Stephan Weil und Hauke Jagau, der Soziologieprofessor Oskar Negt und Hubertus von Wick, Gründer der Initiative „CDU-Wähler für Gesamtschulen“. Landesweit haben darüber hinaus Verbände wie die GEW, die AWO und der DGB ihre Unterstützung für das überparteiliche Volksbegehren zugesagt.

Gemeinsam mit einer etwa 40-köpfigen Gruppe von Mitstreitern aus ganz Niedersachsen haben die Initiatoren in den vergangenen sechs Monaten ein Netzwerk aufgebaut und den Gesetzentwurf erarbeitet: Mit drei kurzen, klar formulierten Paragraphen knüpfen sie damit an die massiven Proteste an, die sich im Frühjahr und Sommer dieses Jahres gegen die Verkürzung der Schulzeit an den Gesamtschulen und die Abschaffung der Vollen Halbtagschulen richteten.

Schritt für Schritt habe die Landesregierung in den vergangenen Jahren die Anforderungen an Schülerinnen und Schüler verschärft, ohne jedoch die Unterrichtsvoraussetzungen zu verbessern oder auch nur anzupassen, fällt der Erziehungswissenschaftler Professor Manfred Bönsch ein vernichtendes Urteil „Offenbar spielt Pädagogik in der Schulpolitik keine Rolle mehr.“

Durch die im Sommer eingeführte Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur um ein Jahr sehen die Initiatoren des Volksbegehrens das Herzstück der Integrierten Gesamtschulen (IGS) bedroht – das seit mehr als 30 Jahren sehr erfolgreich praktizierte gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler. Nach den bitteren Erfahrungen, die die Gymnasien mit dem so genannten G8-Abitur machen mussten – büffeln oft bis in den späten Abend, kein Weiterkommen ohne privat bezahlte Nachhilfe, psychosomatische Beschwerden schon bei Zwölfjährigen – sollen aber auch ihre Schülerinnen und Schüler wieder ein Jahr mehr Zeit zum Lernen bekommen, so ein Ziel des Volksbegehrens.

Dies entspricht übrigens auch den Reformvorstellungen der CDU-FDP-Landesregierung – allerdings nicht der in Niedersachsen, sondern der neuen Regierung in Schleswig-Holstein. Dort haben sich die Koalitionsparteien auf eine grundsätzliche Wahlfreiheit zwischen zwölf und 13 Schuljahren geeinigt.

„Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen, aber auch Zeit, um ihre Neigungen zu entdecken und soziales oder auch künstlerisches Engagement zu entwickeln“, ist Tatjana Matuschke-Fricke, eine der Initiatorinnen des Volksbegehrens, überzeugt. „Dem wird eine Regelschulzeit von 13 Jahren weitaus besser gerecht, als das so genannte Turbo-Abitur.“

Für ein erfolgreiches Volksbegehren müssen zehn Prozent der für den niedersächsischen Landtag wahlberechtigten Bevölkerung ihre Unterschrift abgeben – das sind genau 608.731 Menschen. Wird diese Zahl innerhalb eines Jahres erreicht, muss der Landtag den Gesetzentwurf des Volksbegehrens aufgreifen. „Wir sind überzeugt davon, dass wir das schaffen werden“, sagt Initiator Andreas Henze – und die große Zahl der bereits aus dem ganzen Land angeforderten Unterschriftenbögen lässt wohl auch nichts anderes erwarten.

Der Gesetzentwurf, grundlegende Informationen zur Volksgesetzgebung, der Unterschriftenbogen und Tipps für alle, die das Volksbegehren unterstützen wollen, sind auf [www.volksbegehren-schulen.de](http://www.volksbegehren-schulen.de) zu finden.